

Internationale Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs / Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW)
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)
BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg
Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen

Berlin, Gronau, Lingen, 06.04.2016

Kritik an Atom-Fachtagung in Berlin „Den Atomausstieg vollenden“:

Bundesumweltministerium klammert laufende Atomanlagen aus: "Uranfabriken in Gronau und Lingen endlich stilllegen"

Anlässlich des 30. Jahrestages des Super-GAU in Tschernobyl veranstaltet das Bundesumweltministerium heute in Berlin eine Fachtagung mit dem Titel „Den Atomausstieg vollenden – 30 Jahre nach Tschernobyl“. So treffend dieser Titel auch ist, so dürftig erscheint der Inhalt der Veranstaltung: „Im westfälischen Gronau und im emsländischen Lingen befinden sich zwei Uranfabriken, die AKW in aller Welt mit Uranbrennstoff versorgen. Die Urananreicherungsanlage Gronau und die Brennelementefabrik Lingen sind im Atomausstiegsgesetz aber nicht einmal erwähnt, und tauchen im Programm der heutigen Fachtagung überhaupt nicht auf. Das ist völlig unverständlich," so Kerstin Rudek von der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg.

Nach Ansicht der AtomkraftgegnerInnen ist der deutsche Atomausstieg nicht ernst zu nehmen, wenn er auf AKW beschränkt bleibt und sich weiter hinauszögert. „Es ist ein politisches Trauerspiel, wenn 30 Jahre nach Tschernobyl von Gronau und Lingen aus Schrott-Reaktoren in Belgien und Frankreich versorgt werden,“ so Dr. Dörte Siedentopf von der internationalen Ärzteorganisation IPPNW. Beide Atomanlagen produzieren Brennstoff für äußerst umstrittene Atomkraftwerke, so auch für die AKW Doel und Tihange in Belgien sowie die AKW Fessenheim und Cattenom in Frankreich. Deren massive Sicherheitsmängel hatte das Bundesumweltministerium zurecht scharf kritisiert. Nach Ansicht der Anti-Atomkraft-Initiativen gibt es deshalb noch viel zu tun, um "den Atomausstieg zu vollenden" – und selbst dann bleiben Unmengen an Atommüll.

„Wenn das Bundesumweltministerium den Atomausstieg vollenden will, muss es jetzt aktiv werden und auch die Uranfabriken in Gronau und Lingen schließen. Ministerin Barbara Hendricks darf sich hier nicht länger um ihre Verantwortung drücken,“ ergänzte Siedentopf. „Wir fordern eine Antwort auf unseren Brief an Ministerin Hendricks und Minister Gabriel vom 08.03.2016.“ Mit der Stilllegung der Uranfabriken in Gronau und Lingen würde auch die Entstehung von weiterem Uranmüll sowie zukünftigen abgebrannten Brennstäben verhindert.

Inzwischen haben über 200 Organisationen und Gruppen die Resolution "Atomstandort Lingen nicht länger tolerieren" unterzeichnet, in der die sofortige Stilllegung der zu Areva gehörenden Brennelementefabrik in Lingen sowie des benachbarten AKW Emsland gefordert wird. In Gronau demonstrierten jüngst 200 Menschen beim Ostermarsch gegen den Betrieb der Urananreicherungsanlage, die mit der gleichen Technik arbeitet, wie Anlagen zum Bau von Atombomben.

Dr. Dörte Siedentopf und Dr. Barbara Hövener (IPPNW) sowie Kerstin Rudek (BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg) nehmen an der heutigen Fachkonferenz in Berlin teil.

Hintergrundinformationen:

Lingen-Resolution: <http://www.sofa-ms.de/pdf/Lingen-Resolution-16-03-17.pdf>

offener Brief zur Belieferung belgischer AKW:

https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomenergie/Brief_Bund_Land_Gronau_Lingen.pdf